

Monatsbericht März 2021



Erkenntnisse des LfV zum Monat März 2021

A. Rechtsextremismus

I. Überblick über alle dem LfV bekannten rechtsextremistischen Aktivitäten sowie Aktivitäten unter Beteiligung von Rechtsextremisten

Datum	Ort	Veranstalter – extremistisch	Teilnehmer- zahl	Beschreibung
07.03.2021	Zittauer Gebirge	JN	nicht bekannt	Gemeinschaftstag
19.03.2021	Zwickau	Partei DER DRITTE WEG, Stützpunkt West- sachsen	mind. zwei Rechtsextre- misten	Gedenkveranstaltung zum „76. Jahrestag des alliierten Bombenterrors“
28.03.2021	Plauen	Partei DER DRITTE WEG Stützpunkt Vogt- land	nicht bekannt	Mitgliederversammlung zur Wahl eines Direktkan- didaten für die Bundes- tagswahl

Im März 2021 fanden in verschiedenen Orten des Freistaates Sachsen weitere zahlreiche Protestaktionen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie statt, an denen sich auch Rechtsextremisten beteiligten.

II. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **Veranstaltungen gegen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS Cov 2**

Der Monat März 2021 war von einer Vielzahl von Protesten geprägt, die sich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung von SARS Cov 2 richteten. Im Folgenden werden einige herausragende Veranstaltungen unter Beteiligung von Rechtsextremisten benannt.

- **13.03.2021: Verbotene Demonstration in Dresden**

Die „Querdenken-Bewegung“ hatte mehrere Versammlungen in der Landeshauptstadt angemeldet, welche durch die Stadt Dresden verboten wurden, ebenso etwaige Ersatzveranstaltungen. Diese Entscheidungen wurden vom Sächsischen Obergericht bestätigt. Dennoch kam eine Vielzahl von Personen in das Dresdner Stadtzentrum. Teilweise trafen sich an verschiedenen Orten bis zu 1.500 Personen, um gegen die Coronamaßnahmen zu demonstrieren. Im Laufe des Demonstrationsgeschehens kam es zu einzelnen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ein Teilnehmer zeigte öffentlich den Hitlergruß. Ein weiterer Teilnehmer kündigte in einem Internetvideo an, das nächste Mal mit einer Waffe wiederzukommen und diese zu benutzen.

An der verbotenen Versammlung waren einzelne hier bekannte Rechtsextremisten beteiligt, beispielsweise Vertreter der IDENTITÄREN BEWEGUNG - Regionalgruppe Sachsen mit einem Banner.

Eine von der Rechtsextremistin Madeleine FEIGE mit 100 Personen angezeigte, nicht verbotene Kundgebung im Bereich Devrientstraße (Nähe Landtag/Hotel Maritim) wurde von ca. 400 Personen als Sammelpunkt genutzt. Diese standen zu großen Teilen eng beieinander, ohne einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Ein weiterer Zulauf wurde durch Fahrzeugsperrungen der Polizei verhindert. Auf ausgesprochene Platzverweise reagierten die Personen nicht. Zuvor teilte die Versammlungsleiterin in einem Live-Video mit, dass sie das Versammlungsrecht nicht wahrnehmen wird.

Auch bei weiteren Ansammlungen in der Innenstadt blieben die offensiven Ansprachen der Polizei ohne Erfolg. Die Teilnehmer der verbotenen Versammlung waren nicht bereit, zu kooperieren und folgten nur selten den Aufforderungen der Einsatzkräfte. An mehreren Stellen kam es zu Durchbrüchen von Absperrungen und Polizeiketten. Die Beamten setzten in mehreren Fällen unmittelbaren Zwang und Pfefferspray ein.

Im gesamten Verlauf wurden 44 Strafanzeigen gefertigt, überwiegend wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung und tätlicher Angriffe auf Polizeivollzugsbeamte. Zudem wurden 946 Ordnungswidrigkeiten wegen Verstöße gegen die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung erfasst. Es erfolgten drei Festnahmen und eine Gewahrsamnahme. Weiterhin wurden etwa 950 Personen zur Identitätsfeststellung in Personengruppen angehalten.

Zusätzlich zum Geschehen in der Dresdner Innenstadt fanden mehrere Autokorsos mit dem Ziel Dresden statt. Diese starteten in Döbeln, Hoyerswerda, Löbau und Meißen.

- **20.03.2021: Kundgebung mit anschließender nicht genehmigter Demonstration durch Aue**

Die Kundgebung fand unter dem Motto „*Maßnahmen-Wahnsinn beenden! Polit-Schwindler absetzen*“ auf dem Marktplatz in Aue statt, dabei fanden sich deutlich mehr Personen als angemeldet vor Ort ein. Die Polizei beabsichtigte, die zusätzlichen Personen mit Absperrgittern von der angemeldeten Veranstaltung fernzuhalten. Ein Teil der überzähligen Anwesenden akzeptierte diese polizeiliche Maßnahme jedoch nicht und überwand bzw. durchbrach die Absperrungen, um sich unter die anderen Teilnehmer zu mischen. Daraufhin forderte die Polizei den Versammlungsleiter auf, die Kundgebung zu beenden. Dieser Aufforderung kam er nach. Dessen ungeachtet führten die Veranstaltungsteilnehmer im Anschluss an die Kundgebung eine nicht genehmigte Demonstration durch die Innenstadt von Aue durch, an der sich ca. 1.000 Personen beteiligten. Unter den Teilnehmern konnten u. a. Angehörige der rechtsextremistischen Partei DER DRITTE WEG und der Wählervereinigung PRO CHEMNITZ festgestellt werden.

- **27.03.2021: Protestlage in Zwickau, Chemnitz (verboten) und Schwarzenberg (verboten)**

Unter dem Motto „*Heimatabend für Freiheit und Kultur*“ wurde in Schwarzenberg eine Kundgebung angemeldet, die das Landratsamt des Erzgebirgskreises verboten wurde.

HARTUNG legte keine Rechtsmittel gegen diese Entscheidung ein. Stattdessen empfahl er jedem, der nach Schwarzenberg kommen wollte, eindringlich, lieber bereits am Nachmittag flexibel und mobil zu bleiben. Man solle die Entscheidung des OVG Bautzen für die Kundgebung in Chemnitz abwarten, um sich dann auf Chemnitz orientieren zu können.

Für Chemnitz wurde eine nichtextremistische Veranstaltung angemeldet. Der Veranstalter legte gegen das Verbot der Stadt Chemnitz sowie gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Rechtsmittel ein. Das OVG Bautzen bestätigte jedoch das Verbot der Veranstaltung.

In Zwickau fand eine genehmigte nichtextremistische Veranstaltung als Protest gegen die aktuellen Corona-Maßnahmen statt. An ihr beteiligten sich zum Großteil Personen aus dem Spektrum der gesellschaftlichen Mitte. Die Veranstaltung verlief ohne Vorkommnisse.

Trotz des vom OVG in Bautzen bestätigten Versammlungsverbotes in Chemnitz versammelten sich spontan ca. 200 Personen, darunter auch gewaltbereite Personen. Beispielsweise kam es aus einer Gruppe von ca. 25 Personen heraus zu einem Flaschenwurf in Richtung der Einsatzkräfte. Insgesamt wurden sieben Straftaten sowie 168 Ordnungswidrigkeiten angezeigt.

○ **Autokorsos gegen den Lockdown**

Im Monat März gab es weiterhin sachsenweit diverse Autokorsos im Rahmen der „Anti-Corona“-Thematik, an denen sich auch Rechtsextremisten beteiligten. Die Teilnehmerzahl variierte zwischen zweistelligen und bis zu im mittleren dreistelligen Bereich liegenden Angaben. Eine Vereinnahmung der nichtextremistischen Protestierenden durch Rechtsextremisten wurde bisher nicht festgestellt. Die Veranstaltungen verliefen überwiegend störungsfrei.

III. Fazit, Ausblick, Konsequenzen

Das im Monat März 2021 alles bestimmende Thema der öffentlichen Versammlungslage im Freistaat Sachsen waren die Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Wenn auch erwiesene rechtsextremistische Bestrebungen selbst keine Versammlungen initiierten, so traten rechtsextremistische Personen dennoch als Anmelder auf oder Rechtsextremisten mobilisierten zu nichtextremistischen Veranstaltungen. Dabei erreichten sie eine hohe Medienpräsenz, wie das Beispiel des Transparentes der IDENTITÄREN BEWEGUNG während der Demonstration am

13.03.2021 in Dresden zeigt: Obwohl die Anzahl der teilnehmenden Rechtsextremisten vergleichsweise gering blieb, erreichte die IB dadurch eine hohe mediale Präsenz in sozialen Medien, z. B. auf Twitter und einer veröffentlichten Bildstrecke in der DNN.

Auch Absprachen der Organisatoren der Proteste untereinander sind zunehmend zu beobachten. Am Beispiel der Kooperation des Rechtsextremisten Stefan HARTUNG mit Organisatoren von zwei weiteren Veranstaltungen am Tag seiner verbotenen Kundgebung, dem 27.03.2021, wird dies deutlich. Eine Abgrenzung der gesellschaftlichen Mitte von den Extremisten ist dabei nicht zu erkennen. Den Rechtsextremisten eröffnete sich mithin Möglichkeit, das gesamte Protestpotenzial einschließlich des besagten Klientels der gesellschaftlichen Mitte, für eigene Zwecke zu beeinflussen und missbrauchen.

Die Steuerung und Mobilisierung erfolgt – auch sehr kurzfristig – in den sozialen Medien.

Zwar kann nicht allen Teilnehmern eine rechtsextremistische Gesinnung unterstellt werden, dennoch neigen augenscheinlich bislang nichtextremistische Teilnehmer zunehmend zu aggressivem Verhalten gegenüber der Polizei als Vertreter des Staates. Das bedeutet, dass nicht nur die Angehörigen der rechtsextremistischen Szene, sondern auch Teilnehmer, die bislang nicht in extremistischen Zusammenhängen bekannt wurden, das staatliche Gewaltmonopol, hier vertreten durch die Polizei, nicht anerkennen. Die Organisatoren wie der Rechtsextremist HARTUNG nutzen eben dieses Potenzial – eine Schnittmenge aus Extremisten und nichtextremistischem Klientel –, dem eine Gewaltbereitschaft bereits innewohnt, um die allgemeine Stimmung gegen staatliche Maßnahmen anzuheizen.

B. Linksextremismus

I. Überblick über alle dem LfV bekannten linksextremistischen Aktivitäten im Berichtsmonat

Datum	Ort	Veranstalter/ beteiligte BO	Teilnehmerzahl	Beschreibung
02.03.2021	Leipzig	Linksextremisten	80, darunter AUTONOME	Spontandemonstration „In Solidarität mit Dimitris Koufontinas und allen politischen Gefangenen“
06.03.2021	Leipzig	Linksextremisten	über 1.000, darunter AUTONOME	Beteiligung an Protesten gegen die „Querdenken“-Bewegung
07.03.2021	Chemnitz	Linksextremisten	230, darunter AUTONOME, FAU, ROTE HILFE E. V.	Beteiligung an Kundgebung unter dem Motto: „Solidarität mit den Gefangenen-Gewerkschafterinnen in der JVA Chemnitz“
08.03.2021	Dresden	FAU-ALLGEMEINES SYNDIKAT DRESDEN	100, darunter FAU	Beteiligung am „Feministischen Schulstreik“ und „Feministischen Streikposten“
08.03.2021	Dresden	Linksextremisten	120, darunter AUTONOME	Beteiligung an Protesten gegen Pegida
10.03.2021	Dresden	Linksextremisten	50, darunter AUTONOME	Beteiligung an Protestaktion gegen eine Pressevorführung der Polizei
12.03.2021	Leipzig	Linksextremisten	100, darunter AUTONOME	Spontandemonstration gegen das „Patriarchat“
13.03.2021	Dresden	Linksextremisten	nicht bekannt	Beteiligung an Protesten gegen eine Versammlung von „Querdenken“
15.03.2021	Dresden	Linksextremisten	70, darunter AUTONOME	Beteiligung an Kundgebung „Internationaler Tag gegen Polizeigewalt“
15.03.2021	Dresden	Linksextremisten	40, darunter AUTONOME	Beteiligung an Protesten gegen Pegida und „Querdenken“
22.03.2021	Dresden	Linksextremisten	110, darunter AUTONOME	Beteiligung an Protesten gegen Pegida und „Querdenken“
27.03.2021	Leipzig	Linksextremisten	nicht bekannt	Aktivitäten i.Z.m. der Räumung des Szeneobjektes „Meuterei“ in Berlin

II. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **Linksextremisten beteiligten sich an Protesten gegen Veranstaltungen der „Querdenken“-Bewegung**

In Leipzig beteiligten sich am 6. März 2021 insgesamt über 1.200 Personen, darunter Angehörige der linksextremistischen Gruppe PRISMA-INTERVENTIONISTISCHE LINKE LEIPZIG (PRISMA) und der dem linksextremistischen ...UMSGANZE!-Bündnis zuzurechnenden Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA), an Protesten gegen eine Veranstaltung der sogenannten „Querdenken“-Bewegung. Die Anhänger dieser Bewegung wollten in Form von sachsenweiten Autokorsos zur Veranstaltung anreisen.

Unter dem Motto „*Querdenken ausbremsen*“ waren insgesamt fünf Gegenveranstaltungen vom nichtextremistischen Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ angemeldet worden. Drei sogenannte „Zubringerdemos“, welche als Fahrraddemonstrationen stattfanden, sowie eine Auto- und Motorraddemo hatten, die stationäre Hauptveranstaltung auf dem Augustusplatz zum Ziel.

Vom Lindenauer Markt kommend trafen etwa 340 Personen, vom Rabet etwa 550 Personen, vom Connewitzer Kreuz etwa 350 Personen jeweils überwiegend mit Fahrrädern und vom Völkerschlachtdenkmal etwa 40 Personen mit Motorrädern auf dem Augustusplatz ein. Hier nahmen sie an der Hauptveranstaltung teil.

Nachdem vom Lautsprecherwagen aus dazu aufgerufen worden war, „*etwas mit den Fahrrädern herumzufahren*“, folgten etwa 1.000 Personen dieser Aufforderung und setzten sich in Richtung Hauptbahnhof in Bewegung. Dieser von der Versammlungsbehörde verbotene Fahrradaufzug teilte sich in zwei Gruppen auf und löste sich selbstständig auf. Aufgrund dieser besagten Gegenproteste gegen die Veranstaltung der „Querdenken“-Bewegung kam es im Stadtgebiet zu Behinderungen des öffentlichen Personennah- und Individualverkehrs, dabei wurde insbesondere versucht, die Autokorsos der „Querdenker“ zu blockieren.

Eine Mobilisierung zu den Protesten erfolgte auf den auch von Linksextremisten genutzten Internetseiten „de.indymedia.org“, „Demoaufrufe LE“ und „PLANLOS-Leipzig“ sowie auf einschlägigen Twitter-Accounts.

- **„Antiknastdemonstration“ am 7. März 2021 in Chemnitz**

Am 7. März 2021 beteiligten sich ca. 230 Personen, darunter Linksextremisten aus Leipzig, Chemnitz und Dresden, friedlich an der Kundgebung eines nichtextremistischen Bündnisses unter dem Motto *„Solidarität mit den Gefangenen-Gewerkschafterinnen der JVA Chemnitz!“*. Sie führten Fahnen und Transparente mit linksextremistischer Symbolik (*„Antifaschistische Aktion“*) und Texten wie *„Gegen Bullen. Gegen Knäste. Gegen den Staat“* mit sich. In einem Redebeitrag wurde auch über die in der JVA Chemnitz inhaftierte Linksextremistin Lina E. (Leipzig) gesprochen, mit der sich die linksextremistische Szene besonders solidarisiert.

Im Vorfeld war u. a. in dem von Linksextremisten genutzten Internetportal *„de.indymedia.org“* unter dem Titel: *„Keine ist frei solange nicht Alle frei sind!“* zur Teilnahme an der sogenannten *„feministischen Antiknastkundgebung“* aufgerufen worden. Darin war von den sich *„Anarchist Network Dresden“* nennenden Verfassern insbesondere das *„Strafsystem“* der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt worden, welches Inhaftierte nicht *„resozialisieren“* würde. Der *„Knast“* sei *„ein Mittel des Staates“* und diene lediglich der *„Herrschaftssicherung [...] Das autoritäre Strafsystem verstärkt Diskriminierung und wirtschaftliche Ausbeutung“*. Damit wurde das Themenfeld *„Antirepression“* aufgegriffen, welches insbesondere in der anarchistisch geprägten autonomen Szene seit Jahren einen hohen Stellenwert einnimmt. Der Aufruf wurde über diverse Social-Media-Kanäle geteilt, die linksextremistische Bezüge aufweisen.

Die Versammlung fand bereits zum fünften Mal in Chemnitz statt. In der Vergangenheit nahmen regelmäßig linksextremistische Gruppen wie die FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION (FAU) und der ROTE HILFE E. V. an den Veranstaltungen teil. Der Anteil der Linksextremisten betrug dabei bis zu einem Drittel der Gesamtteilnehmerzahl (2020). Coronabedingt konnte die diesjährige Versammlung lediglich als stationäre Kundgebung durchgeführt werden. Die Veranstaltung fand anlässlich des *„Internationalen Frauentages“* vor der JVA Chemnitz (Frauengefängnis) statt, richtete sich gegen das *„Knastsystem“* und sollte der symbolischen Unterstützung Inhaftierter dienen.

- **Polizeiposten in Connewitz mehrfach Ziel von Angriffen**

Im Berichtsmonat wurden mehrere linksextremistisch motivierte Straftaten in Leipzig verübt, unter anderem im Verlauf von Spontandemonstrationen. Dabei war immer wieder der Polizeiposten im

Leipziger Stadtteil Connewitz Ziel von Angriffen. Hier zeigt sich nicht nur die große Bedeutung des Themenfeldes „Antirepression“ für die autonome Szene, sondern auch, dass AUTONOME ungemeldete Demonstrationen für militante Aktionen nutzen. Exemplarisch hierfür war eine Aktion am 2. März 2021, als sich Angehörige der AUTONOMEN SZENE LEIPZIG mit dem inhaftierten griechischen Linksterroristen Dimitris Koufontinas¹ solidarisierten und zu einer Spontandemonstration zusammenschlossen. In deren Verlauf kam es zu sogenannten „Riots“. Es wurde u.a. der Polizeiposten in der Wiedebachpassage mit Steinen beworfen.

In einem Selbstbeichtigungsschreiben bekennen sich die Verfasser zu einer Sachbeschädigung durch Glasbruch an *„einigen Neubauten und vor allem dem Connewitzer Polizeiposten“*. Die Verfasser begründen ihr Vorgehen mit *„Wut“* auf die *„Willkür des Systems und des griechischen Staates“*, durch welche der sich im Hungerstreik befindliche Dimitiris K. *„ermordet“* werden solle. Man werde *„nicht aufhören weiter Institutionen staatlicher Gewalt, wie heute im Leipziger Süden, anzugreifen.“*

- **Solidaritätsaktionen im Zusammenhang mit der Räumung der „Meuterei“ in Berlin**

Am 25. März 2021 wurde in Berlin das Szeneobjekt „Meuterei“ geräumt. Umgehend solidarisierten sich AUTONOME im Freistaat Sachsen mit dem „Kneipenkollektiv“. Dabei kam es zu zahlreichen Resonanzaktionen und Straftaten:

- Am 25. März veröffentlichten Chemnitzer AUTONOME unter der *Überschrift „[C] Solidarität mit der Meute!“* auf „de.indymedia.org“ Bilder einer Solidaritätsaktion. An einem Gebäude wurden Banner mit den Aufschriften *„Keine Beute mit der Meute“* und *„Meuterei! Das System stürzen!“* angebracht. Im begleitenden Text hieß es dazu: *„Solidarische Grüße an unsere kämpfenden Genoss*innen in Berlin und überall. Lasst euch nicht unterkriegen!“*
- Vom 26. bis 27. März beschädigten unbekannte Täter in Dresden insgesamt zehn Fahrzeuge des Immobilienunternehmens „VONOVIA“. Die Täter besprühten die Fahrzeuge und zerstachen zum Teil auch die Reifen. Im korrespondierenden Tatbekenntnis auf „de.indymedia.org“ hieß es dazu: *„Jede Räumung hat ihren Preis - dieses Mal zahlt Vonovia u. Co. Denn die tragen dazu bei, dass unsere Freiräume verschwinden.“*

¹ Dimitris Koufontinas gehörte der Gruppe „17. November“ an, die zwischen 1975 und 2000 in Griechenland u.a. 23 politische Morde beging. Unter den Opfern waren neben griechischen Politikern, Journalisten und Polizeibeamten auch ausländische Diplomaten. Dimitris Koufontinas befand sich seit dem 8. Januar 2021 im Hungerstreik.

- Am 27. März setzten unbekannte Täter auf dem Firmengelände der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) drei Transporter und zwei Pkw in Brand. An einem angrenzenden mehrstöckigen Firmengebäude entstanden Hitzeschäden und Verrußungen. Einem Tatbekenntnis auf „de.indymedia.org“ zufolge nutzten die Akteure den bundesweiten „Housing Action Day“, um sich mit dem „Kneipenkollektiv“ zu solidarisieren und *„für deren Räumung Rache zu üben“*. Es handle sich laut Tatbekenntnis bei dieser Aktion um einen *„Akt notwendiger Gegengewalt“*, um gegen Mieterhöhungen zu protestieren: *„Jeder Mensch der Miete von Menschen verlangt, beutet diese aus und wir wünschen und dass ihre Autos und Büros in Flammen aufgehen.“* (sic).

III. Sonstiges

In den frühen Morgenstunden des 11. März 2021 griffen fünf unbekannte Täter den Bundesvorsitzenden der JUNGEN NATIONALISTEN (JN) in dessen Wohnung in Eilenburg tötlich an. Die Täter trugen dabei Westen mit der Aufschrift „Polizei“ und Sturmhauben. Sie drangen in die Wohnung des Geschädigten ein und versprühten eine große Menge Pfefferspray. Dem Geschädigten wurde mit einem Hammer auf die Sprunggelenke und den Kopf geschlagen, er erlitt dadurch Verletzungen. Außerdem forderten die Täter das Handy des Geschädigten, welches er jedoch nicht übergab.

Bei der Aktion gingen die Angreifer überaus planvoll vor. Der Tathergang zeigt, dass dem Angriff zunächst eine detaillierte Recherche zum Tagesablauf und den persönlichen Lebensumständen des Opfers vorausging, sodass sich die Täter sicher sein konnten, den Rechtsextremisten tatsächlich in seiner Wohnung anzutreffen. Die Anzahl der Angreifer zeigt, dass die Akteure ein Kräfteverhältnis herstellten, das es ihnen ermöglichte, den Geschädigten sicher zu überwältigen.

Der Angriff selbst war von hoher Brutalität geprägt. Mit der Nutzung eines Werkzeuges nahmen die Angreifer schwerste Verletzungen des Opfers billigend in Kauf. Mit den gezielten Schlägen auf die Sprunggelenke beabsichtigten die Angreifer möglicherweise, dass das Opfer zumindest für längere Zeit seine Ausbildung zum Fahrlehrer nicht fortsetzen kann.

Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei dem Opfer um einen bekannten Rechtsextremisten handelt, aber auch der Einzelheiten der Tatbegehung (Täter waren verumumt und griffen das Opfer tötlich an) sowie der örtlichen Nähe zu Leipzig kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Tat einen politischen Hintergrund hat.

IV. Fazit, Ausblick, Konsequenzen

Das Niveau öffentlicher Aktionen von bzw. unter Beteiligung sächsischer Linksextremisten stieg im März gegenüber dem Vormonat weiter an. Ausschlaggebend hierfür waren u.a. zahlreiche Versammlungen der „Querdenken“-Bewegung, gegen die die Szene protestierte, der *„Feministische Kampftag“* am 8. März und der *„Tag der politischen Gefangenen“* am 18. März. Diese Ereignisse veranlassten Linksextremisten zu verschiedenen Aktivitäten. Regionale Schwerpunkte öffentlicher Aktivitäten waren Leipzig und Dresden.

Proteste gegen Versammlungen der „Querdenken“-Bewegung sind mittlerweile zu einem festen Aktionsfeld für sächsische Linksextremisten geworden. Die Veranstalter werteten die Gegenaktivitäten in Leipzig als Erfolg, da es den „Querdenkern“ nicht gelungen ist, ihre Veranstaltung wie geplant durchzuführen. Gleichzeitig kündigten sie an, dass *„Verschwörungstheorien und jegliche Ideologien gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich Widerspruch erfahren – jederzeit“*. Vor diesem Hintergrund werden auch weiterhin Aktivitäten der „Querdenken“-Bewegung zu Gegen-Protesten führen, an denen sich Linksextremisten beteiligen.

Hierbei dürfte die bundesweit und in den Sozialen Medien breit geteilte Aktionsform der Fahrradblockade gegen „Querdenker“-Autokorsos weiterhin Zuspruch finden, da sie sich mobilisierungsfördernd auf aktionsorientiertes, „sportliches“ Klientel in Leipzig auswirkt.

Neben PRISMA berichtete auch „NIKA Sachsen“ über die Proteste. Es kann davon ausgegangen werden, dass gesammelte Erkenntnisse von überregionalen Recherchenetzwerken ausgewertet und über entsprechende Plattformen zur Verfügung gestellt werden. Daher ist zukünftig mit Outings, Sachbeschädigungen oder Brandstiftungen gegen identifizierte Teilnehmer des „Querdenken“-Aufzuges zu rechnen.

Die Solidaritätsaktionen im Zusammenhang mit der Räumung der „Meuterei“ in Berlin verdeutlichen den andauernd hohen Stellenwert der Aktionsfelder „Antirepression“ und „Gentrifizierung“ für die autonome Szene. Sie sind Ausdruck dafür, dass auch ohne unmittelbare regionale Betroffenheit umgehend mit Solidaritätsaktionen auf vermeintliche Repressionen reagiert wird. Deutlich wurde das unterschiedliche Aktionsniveau der einzelnen Regionen: Während in Leipzig und Dresden, den Zentren der AUTONOMEN SZENE, gezielt Firmen angegriffen und Sachschäden verursacht wurden, hatte die Aktion in Chemnitz eher symbolischen Charakter.

C. Islamismus / Islamistischer Terrorismus

Kein Beitrag.

D. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

I. Relevante (herausragende) Einzelereignisse im Berichtsmonat

- **Sorge um den Gesundheitszustand Abdullah ÖCALANS und Feierlichkeiten zum Neujahrsfest „Newroz“ in Sachsen**

Nachdem Gerüchte über den angeblichen Tod des Gründers der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK), Abdullah ÖCALAN, über soziale Netzwerke verbreitet worden waren, rief die Europaführung der PKK am 15. März 2021 in einem dringenden Appell zu spontanen Aktionen auf. Diese sollten so lange andauern, bis Klarheit über die gesundheitliche Situation ÖCALANS herrsche. Daraufhin kam es in mehreren deutschen Großstädten zu Kundgebungen. So versammelten sich am 16. März 2021 etwa 40 Personen unter dem Motto „*Was passiert auf Imrali? Freiheit für Öcalan*“ zu einer spontanen Kundgebung in Dresden, an der sich die PKK-Jugend TEWGERA CIWANEN SORESGOR DRESDEN (TCS) mit zahlreichen Öcalan-Fahnen und dem Banner „*The Youth Of Today Will Be The Revolution Of Tomorrow*“ beteiligte. In Leipzig kamen unter dem Motto „*Freiheit für Öcalan*“ ungefähr 20 Personen am 16. März 2021 für eine Spontankundgebung zusammen. Beide Veranstaltungen verliefen friedlich. Zwischenzeitlich wurde aus mehreren Quellen bekannt, dass ÖCALAN am Leben, u. a. berichtete sein Bruder über ein Telefonat mit ihm, und dass er in guter Verfassung sei.

Anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz versammelten sich am 21. März 2021 etwa 200 Personen in Leipzig und etwa 100 Personen in Dresden, um dieses mit Gesang, Tanz und politischen Reden zu begehen. Dabei wurden zentrale Forderungen, wie die Freilassung Abdullah ÖCALANS, bekräftigt und der Selbstverbrennung Halil SENs gedacht². Im Zusammenhang mit der Veranstaltung in Dresden wurde ein Graffiti angebracht, mit dem die Aufhebung des PKK-Verbotes gefordert wurde. Bei der Veranstaltung in Leipzig betonte der Versammlungsleiter, dass Newroz

² Vgl. hierzu Monatsbericht Februar 2021

auch als Fest des Widerstandes gefeiert wird. Dort waren die Fahnen der VOLKSVERTEIDIGUNGSEINHEITEN YPG, der FRAUENVERTEIDIGUNGSEINHEITEN YPJ sowie der PKK-Frauenbewegung TJK-E zu sehen. Beide Veranstaltungen verliefen friedlich.

II. Fazit, Ausblick, Konsequenzen

Die Kundgebungen und die Feierlichkeiten zum Newroz-Fest reihen sich in eine Vielzahl aktueller europaweiter Aktionen ein, mit denen auf das Schicksal des inhaftierten Kurdenführers ÖCALAN aufmerksam gemacht und dessen Freilassung gefordert wurde. Dabei ist es gelungen, kurzfristig (innerhalb weniger Stunden) für Veranstaltungen zu mobilisieren und diese durchzuführen. Die Aktionen hatten durchweg einen friedlichen Verlauf.

Herausgeber:

Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen
Neuländer Straße 60
01129 Dresden
Tel.: (0351) 8 58 50
E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
Internet: www.verfassungsschutz.sachsen.de

Redaktion:

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsschluss:

27. April 2021

